



„Für eine neue Partnerschaft zwischen Bürger und Staat –
Neuausrichtung der Kommunalen Agenda 21 in Bayern“
11. April 2005, Erasmus-Neustetter-Halle, Rottendorf

Grußwort

1. Bürgermeister Josef Mend,
Bezirksverbandsvorsitzender Bayer. Gemeindetag

Es gilt das gesprochene Wort!

Verehrte Frau Staatssekretärin Müller,
sehr geehrter Herr Regierungspräsident Dr. Beinhofer,
werte Damen und Herren Abgeordnete,
verehrte Landrätin und Landräte,
sehr geehrte Bürgermeisterkolleginnen und -kollegen,
sehr geehrte Damen und Herren,

herzlich willkommen im Namen des Bayerischen Gemeindetages und an dieser Stelle viele Grüße von Präsident Dr. Uwe Brandl. Ich freue mich, dass diese gemeinsame Veranstaltung der Regierung von Unterfranken und des Bayerischen Gemeindetages auf so große Resonanz gestoßen ist und bedanke mich herzlich für ihr Interesse an der Kommunalen Agenda 21. Gerne habe ich der Regierung von Unterfranken meine Unterstützung für diese Veranstaltung zugesagt.

Die beim „Erdgipfel im Juni 1992 in Rio de Janeiro von über 170 Ländern verabschiedete „Lokale Agenda 21“ erteilt den Kommunen in Kapitel 28 „Initiativen der Kommunen zur Agenda 21“ einen klaren Auftrag. Ausdrücklich wird die Rolle der Kommunen hervorgehoben und die Gemeinden zu einem wesentlichen Träger für die Verwirklichung der Agenda 21 erklärt. Dort im Kapitel 28 wird näher ausgeführt: „Jede Kommunalverwaltung soll in einen Dialog mit ihren Bürgern, örtlichen Organisationen und der Privatwirtschaft eintreten und eine „kommunale Agenda 21“ beschließen. Durch Konsultation und Herstellung eines Konsens würden die Kommunen von ihren Bürgern und von den örtlichen Organisationen, von Bürger-, Gemeinde-, Wirtschafts- und Gewerbeorganisationen lernen und für die Formulierung der am besten geeigneten Strategien die erforderlichen Information erlangen.“

Hintergrund für diese Aufgabe sind die dringlichen Fragen zur Sicherung einer nachhaltigen Entwicklung im 21. Jahrhundert. Gefordert wird eine dauerhaft-umweltgerechte und zukunftsverträgliche Entwicklung, die die Bedürfnisse der gegenwärtigen Generationen befriedigt, ohne zu riskieren, dass künftige Generationen ihre eigenen Bedürfnisse nicht befriedigen können.

Das Prinzip Nachhaltigkeit ist für die Kommunen nichts Neues. Kennen wir es seit rund 200 Jahren aus der Forstwirtschaft. Jeder weiß, dass der Holzeinschlag nicht größer sein darf als die nachwachsende Holzmenge. Eine Übernutzung der Ressourcen muss zur Bewahrung des Gesamtsystems vermieden werden.

Ich bin davon überzeugt, dass sich jede zukunftsorientierte Kommune diesen Fragen zur Sicherung einer nachhaltigen Entwicklung im 21. Jahrhundert annimmt und sie ein wesentlicher Bestandteil ihrer Kommunalpolitik sein wird, auch wenn nicht in jeder Kommune eine lokale Aktionsgruppe gegründet hat. Unbestritten, aus der Lokalen Agenda 21 er-

geben sich für Kommunen interessante Möglichkeiten, unter Einbeziehung der kommunalen Mandatsträger mit den Bürgerinnen und Bürgern gemeinsam Leitbilder und konkrete Handlungskonzepte zu erarbeiten. Die lokale Agenda 21 stellt ein interessantes Angebot für bürgerschaftliches Engagement dar. Wesentlich dabei ist aber der offen geführte Dialog zwischen allen beteiligten Akteuren bzw. Gruppen. Unterbleibt dieser Dialog, besteht die Gefahr, dass sich „Schattenparlamente“ bilden und ein lähmendes Mißtrauen unter den Akteuren entsteht.

Sehr geehrte Damen und Herren,
das Ziel bis 1996 weltweit in jeder Kommune eine lokale Agenda erarbeitet zu haben, wurde nicht erreicht. Auch in Unterfranken haben wir dieses Ziel verfehlt. Aber ab 1996 wurde die Umsetzung der Agenda 21 in den Kommunen intensiviert. Finanzielle Förderungen des Freistaates Bayern boten dabei Hilfestellung. Zahlreiche Agenda-Prozesse wurden bayernweit gestartet. Auch in Unterfranken initiierten Landkreise und Kommunen erfolgreich Projekte zur lokalen Agenda 21.

Aufgrund der unterschiedlichen Ausgangslage und der individuellen Schwerpunktsetzung unterscheiden sich die Agenda-Prozesse in den Kommunen jedoch stark voneinander.

Die Erfahrungen der Praxis haben allerdings gezeigt, dass nicht alle angestoßenen Projekte so erfolgreich umgesetzt werden können oder konnten, wie es geplant war. Der Idealfall, wonach der Agenda Prozess der entscheidende Faktor einer nachhaltigen Entwicklung in der Gemeinde ist, bildet sicher die Ausnahme. Dieser Idealfall setzt voraus, dass alle gesellschaftlichen Gruppen, die Verwaltung und die Politik in den Prozess eingebunden werden und auch die notwendigen gestalterischen Freiräume und Unterstützungen erhalten.

Kritisch muss aktuell sicher die nachlassende Bürgerbeteiligung als auch nicht erfüllte Erwartungen sowohl bei den Kommunen als auch bei den beteiligten Bürgerinnen und Bürgern beobachtet werden.

Für mich hat sich aber auch gezeigt, dass viele Agenda Prozesse in den Gemeinden stattfinden, ohne die speziellen Agenda-Aktionsgruppen vorher gebildet zu haben. Beispielhaft dafür ist die in vielen Kommunen bereits selbstverständliche Praxis, die Bürger offensiv zu informieren und an geplanten kommunalen Projekten und Maßnahmen zu beteiligen. Sie alle kennen aktive Arbeitsgruppen aus dem Naturschutz, der Landschaftspflege, Flurbereinigung, Dorferneuerung und städtebauliche Entwicklungen.

Dabei finde ich die Organisationsform sekundär.

Die Kommunale Agenda 21 ist ein kommunales Steuerungsinstrument für Nachhaltigkeit und muss weitergehender verstanden werden, als es bisher vielfach der Fall ist. Sie kann ein Erfolgsrezept sein, um zukunftsweisend zu agieren, nach einem abgewandelten Wort des Dichters Max Frisch:

„Agenda heißt, dass sich Leute nachhaltig in ihre Zukunftsangelegenheiten einmischen.“

Ich wünsche allen Kommunen eine nachhaltige Entwicklung auf der Basis der gemeinsamen Ausgewogenheit der drei Eckpunkte Ökonomie, Soziales und Ökologie. Der Veranstaltung wünsche ich einen erfolgreichen Verlauf und viele interessante Diskussionen.